

Bericht aus dem Bundestag

Bernd Westphal, MdB

4/ Feb. 2014



Inhalt:

- Erste Rede im Deutschen Bundestag
- Edathy
- Parlamentarischer Beirat
- Plenarsitzungen
 - Ukraine
 - Auslandseinsätze Bundeswehr

Erste Rede im Deutschen Bundestag

Am Donnerstag war es soweit. Ich habe meine erste Rede im Deutschen Bundestag gehalten.

Thema im Plenum war ein Antrag der Fraktion der Grünen „Keine Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien“ über die beabsichtigte Lieferung von Patrouillenbooten.

In meiner Rede habe ich deutlich gemacht, dass Rüstungsgüter zu exportieren grundsätzlich keine leichte Entscheidung für Politiker ist.

Die Bundesregierung ist sich aber ihrer Verantwortung bewusst und handhabt den Export von Rüstungsgütern in Drittländer sehr restriktiv.

Im aktuellen Fall der beabsichtigten Lieferung von Patrouillenbooten rechtfertigt meiner Meinung nach der Einsatzzweck der Boote diesen Rüstungsexport, weil sie

ausschließlich zum Schutz der Küsten, der internationalen Seewege, der Offshoreöl- und -gasfelder und der Hafenanlagen dienen. Der Einsatz gegen die eigene Bevölkerung ist ausgeschlossen.

Allerdings muss der Bundestag in Zukunft mehr Interventionsrechte erhalten - verbunden mit einer größtmöglichen Transparenz.

Die Rede ist übrigens in der Mediathek unter www.bundestag.de abrufbar.



Edathy

Der Fall Edathy und die Umstände des Rücktritts von Bundeslandwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich (CSU) stehen weiterhin im Fokus. Das Verhalten von Sebastian Edathy ist entsetzlich, unabhängig davon, ob das Bildmaterial letztlich strafrechtlich relevant ist.

Der Rücktritt von Bundesminister Friedrich ist für mich tragisch und bedauerlich, Hans-Peter Friedrich hat nach besten Wissen und Gewissen gehandelt.

Friedrich hat im Oktober 2013 eine Ermessensentscheidung getroffen. Er wollte Schaden vom Land und der SPD abwenden. Deshalb hat er den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel über möglicherweise bevorstehende Ermittlungen gegen Sebastian Edathy informiert. Sigmar Gabriel und Thomas Oppermann haben am Mittwoch im Innenausschuss des Deutschen Bundestages offengelegt, wer wann was wusste.

Wir haben durch den Fall Edathy keine Staatskrise und auch keine Regierungskrise, denn unser Staat funktioniert. Die Fraktion hat unserem Vorsitzenden Thomas Oppermann den Rücken gestärkt. Jetzt gehen wir wieder zur Sacharbeit über.

Parlamentarischer Beirat

Neben meiner Tätigkeit im Ausschuss für Wirtschaft und Energie werde ich nun auch Mitglied im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBNE).

Am Donnerstagnachmittag wurde auf Grundlage eines gemeinsamen Antrages aller Fraktionen die Einsetzung des PBNE beschlossen. Der Beirat wurde erstmals 2004 eingesetzt. Er soll die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung weiterhin fachübergreifend auf parlamentarischer Ebene begleiten und die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln. Dies umfasst auch die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie und den Rio-Folge-Prozess der Vereinten Nationen. Der Beirat begleitet die Beratungen anderer Bundestagsgremien und informiert den Deutschen Bundestag regelmäßig über seine Tätigkeiten.

Ich freue mich auch hier auf meine neuen Aufgaben.

Plenarsitzungen

Ukraine

Die gewaltsame Eskalation im Konflikt zwischen Opposition und Regierung in der Ukraine beschäftigt selbstverständlich auch den Bundestag. Am Donnerstagvormittag haben wir deshalb in einer gemeinsam vereinbarten Debatte zur Lage der Ukraine im Plenum diskutiert.

Die Anwendung von Gewalt ist ohne Ausnahme zu verurteilen. Alle Seiten sind zu einem sofortigen Waffenstillstand aufgerufen. Sicherlich sind auf beiden Seiten Provokateure zu finden. Eine besondere Verantwortung für sichtbare Schritte zur Deeskalation, für den Abzug der Sicherheitskräfte vom Maidan und für die ausnahmslose Sicherstellung der Versorgung der Verwundeten in Kiew und anderen ukrainischen Städten liegt aber jetzt beim Staatspräsidenten Janukowitsch und der ukrainischen Regierung.

Sollte jetzt keine Lösung gefunden werden können, sind Sanktionen gegen die Ukraine wahrscheinlich unumgänglich. Allerdings kann dies nur eine mittelfristige Lösung sein. Die Hoffnung liegt nun auf den diplomatischen Bemühungen auch durch Deutschland, dass sich die Situation nicht noch mehr verschlimmert.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Abgestimmt wurde an diesem Tag auch über zwei Auslandseinsätze der Bundeswehr. Letztmalig wurde die Verlängerung des Mandats für den ISAF-Einsatz in Afghanistan beschlossen. Hiermit wird die Bundeswehr-Truppe vor dem geplanten Truppenabzug und der Beendigung des ISAF-Mandats der NATO Ende 2014 nochmals verkleinert.

Zudem wurde über die weitere Beteiligung der Bundeswehr an der EU-geführten Ausbildungsmission in Mali entschieden. Das Mandat trägt durch Ausbildung und Beratung der malischen Streitkräfte dazu bei, dass diese die territoriale Integrität des Landes in Zukunft eigenständig sichern können.

Anregungen und Hinweise

Für nähere Informationen zu den oben genannten Themen oder Fragen auch zu anderen Themen stehe ich euch wie immer gerne zur Verfügung.

Euer

Bernd Westphal, MdB

bernd.westphal@bundestag.de